

## Groß Grönau geht ohne Haushalt ins neue Jahr

In der letzten Sitzung des Jahres 2018 hatte die Gemeindevertretung Groß Grönau teilweise über erhebliche Beträge zu entscheiden. Den Einstieg in das Thema „Gemeindefinanzen“ bildete der Nachtragshaushalt 2018. Er war im Finanzausschuss bereits erläutert worden und wurde ohne Diskussion angenommen. Eine erhebliche Änderung in diesem Zahlenwerk war der Ansatz der Gewerbesteuer, der um 140.000 € reduziert werden musste. Diese Mindereinnahme konnte aber durch höhere Einnahmen aus anderen Abgaben ausgeglichen werden. Der darauf folgende Haushalt für 2019 war ebenfalls im Finanzausschuss behandelt worden. Dieser enthält die Festlegung über die Gewerbe- und Grundsteuer-Hebesätze ab 2019. Darüber hatte es im Finanzausschuss umfangreiche Diskussionen gegeben.

Hintergrund: Aufgrund neuer Bescheide der Finanzbehörden musste die Gemeinde den Haushaltsansatz 2019 für die Gewerbesteuer ähnlich anpassen, wie im Nachtragshaushalt 2018. Es fehlen bei dieser Position im kommenden Jahr 100.000 € in der Gemeindekasse. Ein Ausgleich dieser Mindereinnahmen ist durch die Anhebung der seit fünf Jahren unveränderten Gemeindesteuern möglich. Die Gewerbesteuer lag bisher mit einem Hebesatz von 310 % unterhalb des Durchschnittswertes des Amtes Lauenb. Seen, der als Bezugsgröße für die Gewerbesteuerumlage dient. Eine Annäherung an diesen Durchschnittswert von 335 % wurde vom Finanzausschuss einstimmig vorgeschlagen. Damit werden 56.000 € ausgeglichen. Zur Grundsteuer B wurde von der CDU im Finanzausschuss vorgeschlagen, den Hebesatz von 370 % auf 450% zu erhöhen und damit Mehreinnahmen von 116.000€ zu erreichen. Dieser Vorschlag wurde kontrovers diskutiert, aber schließlich bei drei Gegenstimmen, darunter die der FDP, mehrheitlich im Finanzausschuss angenommen.

Für die Abstimmung in der Gemeindevertretung hatte der Kämmerer den Haushaltsentwurf überarbeitet und damit die Beschlüsse des Finanzausschusses berücksichtigt. In der Gemeindevertretung wurde plötzlich besonders von Seiten der CDU gegen die Erhöhung der Grundsteuer protestiert, da diese die gesamte Bevölkerung betrifft; vorher sollten Einsparpotentiale genutzt werden. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass 75% der Ausgaben im Haushalt auf gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen beruhen und Kürzungen nur bei freiwilligen Leistungen wie Sportförderung, Kulturförderung und begrenzt bei Unterhaltung der Gemeindestraßen möglich sind. Hartmut Angenendt (FDP) betonte, dass bereits bisher freiwillige Ausgaben gemäß den Beschlüssen der Gemeindevertretung nur in realistischem Umfang in den Haushalt aufgenommen wurden. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Rainer Schulz-Taurier, wies darauf hin, dass der Haushalt gemäß Beschlussvorlage des Finanzausschusses ohne Erhöhung der Gemeindesteuern nicht mehr ausgeglichen ist. Die FDP beantragte daher, diesem Beschlussvorschlag mit erhöhten Hebesätzen ungeändert zuzustimmen. Dieser Antrag erhielt nur drei Ja-Stimmen. Der Antrag der SPD, den Haushalt mit den alten Hebesätzen zu beschließen, hätte zu einem nicht ausgeglichenen Haushalt geführt; er erhielt mit 8 Ja- und 9 Nein-Stimmen ebenfalls keine Mehrheit. Von Seiten der CDU gab es keinen Haushaltsvorschlag. So geht Groß Grönau ohne Haushalt in das neue Jahr.

Es wurde verabredet, dass der Finanz-Ausschuss im Neuen Jahr in einer Sondersitzung nach Einsparmöglichkeiten sucht, um eine Erhöhung der Steuersätze möglichst zu vermeiden.

Hartmut Angenendt